

---

## **P-1**

Antragsteller\*innen: Landesvorstand u. a.

Gegenstand: TOP 2: Politische Lage

---

# **KLIMASCHUTZ JETZT – WIR MÜSSEN HANDELN!**

## **1 Klimaschutz jetzt – Wir müssen handeln!**

Jeden Freitag demonstrieren tausende junge Menschen in NRW, ganz Deutschland, Europa und der Welt für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und für Klimaschutzpolitik, die ihren Namen auch verdient. Jugendliche, Wissenschaftler\*innen, Lehrer\*innen und Aktivist\*innen organisieren sich und machen deutlich, dass es überfällig ist wirksamen Klimaschutz zu betreiben, die Klimakrise endlich ernst zu nehmen und konkrete Klimaschutzpolitik zu gestalten. 50.000 Menschen am Hambacher Wald letzten Herbst haben bei der größten Klimaschutzdemonstration der NRW-Geschichte genauso wie die hunderttausenden Schüler\*innen der FridaysForFuture eines deutlich gemacht: Wir können uns keine weiteren Jahre leisten, in denen Union, SPD und FDP von Klimaschutz reden, aber eine Politik der Klimazerstörung betreiben. Denn die Zeit läuft ab. Wird nicht jetzt das Ruder herumgerissen, wird die vom Menschen verursachte Klimakrise unweigerlich zur Klimakatastrophe. Schon heute nehmen weltweit extreme Wetterereignisse wie Stürme, Hitze und Dürren stark zu. Auch die Gletscher schmelzen ab und der Meeresspiegel steigt an. Der Dürresommer im vergangenen Jahr hat uns deutlich vor Augen geführt: So fühlt es sich an, wenn sich klimakrisenbedingt Wettermuster ändern. Die Klimakrise ist Realität. Im globalen Süden zerstört sie bereits heute Lebensgrundlagen zahlreicher Menschen. Die mittlere Temperatur der Erdatmosphäre ist bereits jetzt um 1 Grad gestiegen. Die Regierungen müssen jetzt handeln, wenn das Schlimmste noch verhindert werden soll.

Mit dem Klimaabkommen von Paris haben sich die Staaten völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, den Treibhausgasausstoß zu verringern, die globale Klimaerwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen und deutliche Anstrengungen zu unternehmen, einen Anstieg um 1,5°C nicht zu überschreiten. Auch Deutschland und die EU haben sich dazu völkerrechtlich verpflichtet. Die Einhaltung der Ziele von Paris fordern die Streikenden nun ein. Und sie haben recht: Die Klimakrise wartet nicht.

Die Bundesregierung hat 2019 zum Klimajahr erklärt. Passiert ist bisher nichts. Dass alle Klimaziele verfehlt werden, ist angesichts der Tatenlosigkeit kaum eine Überraschung: Es

28 gibt keinen ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien, keinen offiziellen Kohle-  
29 ausstiegsplan, keine Wärmewende, keine Mobilitätswende, keine Agrarwende – schlicht  
30 nichts, was den Namen Klimaschutzpolitik verdient – weder auf Bundesebene noch in  
31 NRW. Wichtige Entscheidungen für unsere Zukunft wurden von der Bundesregierung in  
32 Kommissionen und Arbeitsgruppen ausgelagert. Die Verkehrskommission wurde nach ers-  
33 ten Vorschlägen zum Klimaschutz kaltgestellt, die ebenfalls im Koalitionsvertrag verein-  
34 barte Wärmekommission ist noch nicht einmal eingerichtet. Die sogenannte „AG Akzep-  
35 tanz“ der Koalitionsfraktionen im Bundestag schmiedet eher Pläne für das weitere Aus-  
36 bremsen der Erneuerbaren Energien statt Ihren Auftrag zu erfüllen und für die Energie-  
37 wende zu werben.

38 Auf die für NRW so wichtige Umsetzung des Kohleausstiegs warten wir bis heute: Es gibt  
39 keinen offiziellen Kohleausstiegsplan der Bundesregierung, es gibt keinen Plan für die  
40 Gestaltung des Strukturwandels in den Regionen und keine politischen Festlegungen von  
41 Bundes- oder Landesregierung zum Erhalt des Hambacher Waldes und der Dörfer, die noch  
42 von Umsiedlungen bedroht sind. Selbst RWE war inzwischen schneller als die GroKo im  
43 Bund und hat – zwar längst überfällig – mit BoAPlus die letzten Planungen für ein neu-  
44 es Kohlekraftwerk in NRW endlich beendet. Kohlekraftwerke haben selbst bei RWE in der  
45 „Zukunftsstrategie keinen Platz mehr“. Schlichtweg, weil sie nicht mehr wirtschaftlich zu  
46 realisieren sind. Diese Erkenntnis kommt für das Unternehmen viel zu spät. Keinesfalls  
47 dürfen sich Bund und Land deshalb darauf einlassen, dass RWE sich den Kohleausstieg  
48 jetzt versilbern lassen will. Keinesfalls dürfen die Steuerzahler\*innen es sein, die die un-  
49 ternehmerische Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre kompensieren.

50 Auch die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen spricht ständig davon, dass ihr Klima-  
51 schutz wichtig sei. Bisher erzielte CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Energiesektor gehen auf bundes-  
52 politische Entscheidungen der letzten Großen Koalition zur Stilllegung alter Kraftwerke  
53 zurück. Denn in NRW unterstützt der eine Teil der Regierung, die Wünsche von Kohlekon-  
54 zernen und wird zu deren Erfüllungsgehilfen, z.B. bei der Rodung des Hambacher Waldes,  
55 um den Kohleabbau in NRW gegen jeden Sinn und Verstand fortzusetzen zu können. Der  
56 kleinere Koalitionspartner versucht derweil, die Verantwortung für den Klimaschutz bei  
57 allen anderen, nur nicht in NRW und Deutschland zu sehen. Die FDP stellt sich gegen die  
58 Chancen, die sich bieten, durch ambitionierten Klimaschutz, NRW zum Vorreiterland zu  
59 machen. Wir finden: echter Klimaschutz sieht anders aus!

60 In NRW bremst die Landesregierung sogar aktiv den Ausbau der Erneuerbaren Energien,  
61 insbesondere der Windenergie in NRW aus, anstatt Bürgerprojekte zu unterstützen; sie  
62 kündigt großspurig an, die Solarenergie stärker auszubauen, ohne wirkliche städtebauli-  
63 che Impulse zu setzen. Gleichzeitig meldet sie Großprojekte für die Strukturwandel  
64 im Rahmen des Kohleausstiegs nach Berlin, anstatt sich daran zu orientieren, welche Pla-  
65 nungen und Bedarfe die Kommunen im Rheinischen Revier tatsächlich haben.

66 Auch von einer Mobilitätswende in Stadt und Land sind Deutschland und NRW noch Mei-  
67 len weit entfernt. Das Bundesverkehrsministerium mauert, anstatt den Verkehr auf der  
68 Schiene wirklich nach vorne zu bringen, wie andere Industrieländer es vorgemacht ha-  
69 ben. Die Landesregierung NRW hat offenbar kein zwischen den Ministerien abgestimmtes  
70 Konzept für die Zukunft der Mobilität in NRW. Während das eigentlich zuständige Ministe-  
71 rium den Straßenausbau und den Verbrennungsmotor beim motorisierten Individualver-  
72 kehr gegenüber der Schiene und dem Rad bevorzugt, versucht das Wirtschaftsministerium

73 sich an alternativen Antrieben und Leuchtturmprojekten. Ein wirkliches Konzept, wie die  
74 Mobilitätswende in die Fläche gebracht werden soll, fehlt auch hier trotz vieler schöner  
75 Reden zum Thema Innovation. Auch hier zeigt sich, dass die Bürger\*innen weiter sind  
76 als die Regierung: Sie haben mit ihren geleisteten Unterschriften für die Volksinitiative  
77 „Aufbruch Rad“ deutlich gemacht, dass sie hin zu einer umweltfreundlichen, vernetzten  
78 Mobilität wollen und von der verantwortlichen Regierung auch entsprechende konkrete  
79 Maßnahmen einfordern. Wir wollen möglichst viel Mobilität für alle Menschen bei mög-  
80 lichst wenig Verkehr. Ein Schlüssel hierzu ist Bus- und Bahnfahren. Weniger Stau, weniger  
81 Luftverschmutzung und Stickoxid in den Großstädten, weniger Lärm und weniger Klima-  
82 schäden. Wir wollen deshalb noch mehr Menschen attraktive Angebote machen, auf Bus  
83 und Bahn umzusteigen. Die neun Verkehrsverbünde bieten allerdings unzählige Tarife, Ti-  
84 ckets und eine unüberschaubare Anzahl an jeweiligen Vergünstigungen an. Fahrten von  
85 einem Tarifverbund in den nächsten sind kompliziert und teuer. Wir halten weiterhin an  
86 unserer Forderung fest, möglichst günstig und bequem mit Bus und Bahn mobil zu sein.  
87 Eine mögliche, kurzfristige Lösung hierfür könnte ein NRW-Ticket für alle Menschen für  
88 gerade einmal 2 Euro am Tag – das bedeutet ein Monatsticket für ganz NRW für etwa 60  
89 Euro, das im Jahres-Abo von allen Verkehrsverbänden angeboten wird, sein. So wird Bus-  
90 und Bahnfahren quer durch alle Verkehrsverbünde einfach und unkompliziert.

91 In der Landwirtschaft versucht die Bundesregierung noch nicht einmal, Ansätze für den  
92 Klimaschutz zu unterstützen, sondern blockiert in Brüssel die Umschichtung der Agrarmil-  
93 liarden hin zu einer klima- und umweltfreundlichen Landwirtschaft. Gerade hier braucht  
94 es jetzt eine Weichenstellung für mehr Klimaschutz. Möglichkeiten schon jetzt Mittel in  
95 die zweite Säule (Stärkung ländlicher Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz) der GAP  
96 (Gemeinsamen Agrarpolitik) zu leiten, werden von den zuständigen Ministerinnen nicht  
97 genutzt. Genau dies wäre aber der notwendige Schritt, um eine klimaschonende, vielfäl-  
98 tige, nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft zu stärken. Kleineren Betrieben muss durch  
99 fair bezahlte Lebensmittel ein gutes Einkommen ermöglicht werden. Tiere müssen art-  
100 gerecht gehalten werden. Die Landwirtschaft muss im Einklang mit Umwelt- und Klima-  
101 schutz agieren und entsprechend unterstützt und gefördert werden. Wir brauchen vielfäl-  
102 tige Agrarstrukturen, in denen die Artenvielfalt unserer Kulturlandschaft wieder ermög-  
103 licht und bewahrt wird. Mit der Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) belegt die  
104 Landesregierung, dass sie das Gegenteil will: industrielle Tierhaltung in Großställen und  
105 damit immer mehr Gülle.

106 In der ökologischen Transformation wird es neben vielen Gewinnern und potentiellen  
107 Bündnispartner\*innen auch Verlierer und sture Gegner\*innen, die ihr klimaschädliches,  
108 überholtes Geschäftsmodell verteidigen, geben. Eine stabile Demokratie braucht politi-  
109 sches Engagement auch außerhalb von Parteien. Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind  
110 wesentliche Akteur\*innen von der lokalen bis zur globalen Ebene, um die entsprechenden  
111 Maßnahmen anzumahnen, zu begleiten und zu meistern. Den Versuch der Unionsparteien  
112 die Freiräume „politisch unliebsamen“ zivilgesellschaftlichen Engagements einzuschrän-  
113 ken, wie z.B. durch die Aberkennung der Gemeinnützigkeit, verurteilen wir. Wir stehen für  
114 eine offene, ehrliche Auseinandersetzung und eine lebendige politische Debatte, die de-  
115 mokratisch ausgetragen wird, und keine Versuche, kritische Verbände mundtot zu machen.  
116 Mit einem Transformationsrat, in welchem Umweltverbände, Zivilgesellschaft und Wissen-  
117 schaft die Aktivitäten der Landesregierung im Bereich Klima- und Umweltschutz kritisch  
118 begleiten, reportieren und jährlich veröffentlichen, stärken wir die Rolle der Zivilgesell-

119 schaft und Wissenschaft in NRW. Durch die aktive Einbindung der Betroffenen wird ein  
120 wichtiger Baustein für den gesellschaftlichen Frieden und konsensualer Transformation  
121 möglich.

122 Die wichtigsten Maßnahmen für den Klimaschutz sind längst bekannt. Sie müssen nur  
123 endlich umgesetzt werden.

124 **Klimaschutz ernst nehmen heißt für uns GRÜNE:**

- 125 1. Aus unserer globalen Verantwortung und den Klimazielen von Paris abgeleitet mit  
126 konkreter Politik Klimaschutz zu gestalten.
- 127 2. Ein deutsches Klimaschutzgesetz einzuführen, dass nicht nur den Stromsektor be-  
128 rücksichtigt, sondern auch Wärme, Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft mit ein-  
129 schließt, seine Ziele am Paris-Abkommen ausrichtet und mit konkreten (Sofort-  
130 )Maßnahmen hinterlegt ist.
- 131 3. Ein Kohleausstiegsgesetz auf Bundesebene umzusetzen, durch das im nächsten Jahr  
132 die ersten Kohlemeiler in NRW vom Netz gehen, der Erhalt des Hambacher Waldes  
133 und die Überprüfung der Notwendigkeiten von Umsiedlungen der bedrohten Dörfer  
134 gesichert wird und die Kommunen im Rheinischen Revier und die gesamte Braun-  
135 kohleregeion, sowie Orte die vom Abschalten von Steinkohlekraftwerken betroffen  
136 sind, beim Strukturwandel wirklich unterstützt.
- 137 4. Den Ausbau der Erneuerbaren Energien endlich zu entfesseln, ein Recht auf finanzia-  
138 elle Beteiligung von Bürger\*innen sowie eine Konzessionsabgabe an die Standort-  
139 kommunen zu schaffen und Mieterstromprojekte zu unterstützen, damit jede\*r von  
140 der Energiewende profitieren kann.
- 141 5. Einführung einer wirksamen CO<sub>2</sub>-Bepreisung in allen Emissionssektoren, damit sich  
142 Investitionen in Klimaschutz für Unternehmen betriebswirtschaftlich unmittelbar  
143 lohnen. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes, aus den Einnahmen der  
144 Besteuerung von CO<sub>2</sub>, als Pro-Kopf-Zahlung an die Menschen und zur Finanzierung  
145 weiterer notwendiger Klimaschutzmaßnahmen. Solange dies nicht europäisch um-  
146 setzbar ist, werden wir uns auf nationaler Ebene dafür einsetzen.

147 **Klimaschutz in NRW heißt für uns GRÜNE:**

- 148 1. Als Beitrag zur Erfüllung des deutschen Beitrags zum Pariser Klimaabkommen müs-  
149 sen die Emission des Landes entsprechend seiner klimapolitischen Verantwortung  
150 in Deutschland sinken. Das Klimaschutzgesetz des Landes ist mit Sektorzielen ent-  
151 sprechend anzupassen.
- 152 2. Eine neue Leitentscheidung zum Braunkohleabbau zu treffen, die den realen noch  
153 benötigten Kohlemengen entspricht, den Hambacher Wald endlich verbindlich be-  
154 wahrt, den Kohleausstieg beschleunigt und auch die Umsiedlungen noch einmal auf  
155 ihre Notwendigkeit hin überprüft.
- 156 3. Den Ausbau der Erneuerbaren Energien in NRW wieder zu entfesseln und den Kom-  
157 munen ihre kommunale Planungshoheit für die Windenergie zurückzugeben.

- 158 4. Im Dialog mit den Kommunen die städtebaulichen Möglichkeiten zu nutzen, um  
159 mehr Solaranlagen auf Dächer in ganz NRW zu installieren. Unser Ziel lautet: 500  
160 000 Solardächer in NRW bis 2025! In einem ersten Schritt wird die Installation von  
161 Solaranlagen auf landeseigenen Gebäuden endlich massiv vorangetrieben.
- 162 5. Die kommunale Wärmeplanung durch Landesunterstützung, ähnlich wie in  
163 Schleswig-Holstein, in NRW zu etablieren und durch verstärkte Beratungsangebo-  
164 te und gezielte Förderung in Kooperation mit dem Handwerk die Energiewende in  
165 die Keller und die Wohnzimmer zu bringen.
- 166 6. 2025 müssen der erste klimaneutrale Hochofen und der erste klimaneutrale Chemie-  
167 park in Betrieb sein – als erste Schritte zur Dekarbonisierung und Standortsicherung  
168 der energieintensiven Industrie in NRW.
- 169 7. Im Dialog mit den Kommunen kommunale Mobilitätskonzepte in NRW voranzutrei-  
170 ben und ihre Umsetzung gezielt und ohne viel Bürokratie zu fördern, um sowohl in  
171 den Städten als auch im ländlichen Raum die Mobilitätswende zu intensivieren.
- 172 8. Bus- und Bahnfahrten attraktiver zu machen. Eine mögliche, kurzfristige Lösung hier-  
173 für könnte ein NRW-Ticket für alle Menschen für gerade einmal 2 Euro am Tag – das  
174 bedeutet ein Monatsticket für ganz NRW für etwa 60 Euro, das im Jahres-Abo von  
175 allen Verkehrsverbänden angeboten wird, sein.
- 176 9. Den Flächenfraß in NRW deutlich einzudämmen und Verfahren für eine klimascho-  
177 nende Landwirtschaft zu forcieren. Denn die Landwirtschaft kann z.B. durch die Um-  
178 stellung auf ökologische Produktionsweise, die Förderung von Dauergrünland oder  
179 auch Renaturierung von Grünflächen dazu beitragen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern,  
180 bzw. CO<sub>2</sub> zusätzlich zu binden.
- 181 10. Die Einrichtung eines „Transformationsrates“ durch die Landesregierung, mit dem  
182 Ziel Umweltverbände, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, aktiv in die anstehende öko-  
183 logische Transformation einzubinden. Durch die kritische Begleitung der Aktivitäten  
184 und einen jährlich veröffentlichten Report, wird ein wichtiger Baustein einer leben-  
185 digen, offenen und ehrlichen Auseinandersetzung um die Zukunftsfragen NRW ge-  
186 liefert.
- 187 **Es ist bekannt wie Klimaschutz gehen kann. Packen wir es endlich an bevor es zu spät ist!**

## **Antragsteller\*innen**

Landesvorstand, Oliver Krischer (KV Düren), Wibke Brems (KV Gütersloh), Katrin Uhlig (KV Bonn)